


Strukturwandel gemeinsam gestalten

Politische Bildung und Partizipation als
Voraussetzungen für eine nachhaltige
Transformation in der Lausitz



Wir
sind
der
Wandel.

Gefördert vom:



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend



Kompetenzzentrum
Bildung im Strukturwandel
Netzwerkbüro Lausitz

kobra.net
Beratung.Bildung.Brandenburg

» INHALT

1. Hintergrund	3
2. Politische Bildung und Partizipation – eine begriffliche Annäherung	4
3. (Politische) Bildung und Partizipation im Lausitzer Strukturwandel	7
3.1 Dimensionen des Lausitzer Strukturwandels – ein kurzer Überblick	7
3.2 Gesetzlicher und strategischer Rahmen für Partizipation im Strukturwandel	8
3.3 Beteiligung am Strukturwandel aus Sicht der Lausitzer Bevölkerung – ein Stimmungsbild	10
3.4 Umsetzung	11
3.4.1 Arbeit von Strukturentwicklungsgesellschaften	11
3.4.2 Zivilgesellschaftliche Projekte	12
3.5 Herausforderungen und Chancen	14
4. Fazit und Ausblick	17
5. Quellenverzeichnis	19

» 1. HINTERGRUND

Die Lausitz durchläuft einen tiefgreifenden Transformationsprozess, der an bereits vollzogene Brüche anknüpft und die Region erneut vor große Herausforderungen stellt. Die Region ist von unterschiedlichen Spannungsfeldern geprägt, die je nach historischer Konstellation verschiedene Entwicklungsrichtungen bedingten, und so ist auch der gegenwärtige Strukturwandel in seiner Konstitution und Dynamik vielschichtig und einzigartig. Der Braunkohleabbau prägte über Jahrzehnte nicht nur die Wirtschaft, sondern auch das gemeinschaftliche Leben und die regionale Identität in der Lausitz. Gleichzeitig brachte er gravierende soziale und ökologische Belastungen mit sich. Der Strukturbruch nach der deutsch-deutschen Vereinigung führte zu umfassender Deindustrialisierung, massiven Arbeitsplatzverlusten und einer strukturellen Entwertung kultureller Praxen, Lebensweisen und Berufsbilder, die bis heute nachwirkt und sich als erfahrener Vertrauensbruch tief in die Seele der Lausitz eingraviert hat.

Solche lebensweltlichen Einschnitte können Gefühle der Marginalisierung begünstigen und – gespeist aus Perspektivlosigkeit, Identitätsverlust und mangelnder sozialer und wirtschaftlicher Teilhabe – zu einem Erstarken antidemokratischer und rechtsextremer Tendenzen in der Gesellschaft bis hin zu Gewalt gegen politisch Andersdenkende und Personen mit Migrationsgeschichte führen.¹ Auch im Kontext des gegenwärtigen Strukturwandels kommt es wieder zu einem Erstarken antidemokratischer

Strukturen² und Gewalt (vgl. u. a. Opferperspektive e. V. 2025). Zudem nehmen 26 % der Lausitzer*innen die Begrenzung der Zuwanderung und die Integration von Zuwandernden als eine der größten Herausforderungen für die Region wahr (MAS Gesellschaft für Marktanalyse und Strategie mbH 2025, S. 10). Und das, obwohl die Rahmenbedingungen heute gänzlich andere sind: Die Region profitiert in erheblichem Maße von staatlichen Investitionen in Milliardenhöhe, neue Industriezweige und Zukunftstechnologien schaffen Arbeitsplätze und nicht der Arbeitsplatzmangel, sondern vielmehr ein zunehmender Fachkräftemangel stellt aktuell die zentrale Herausforderung dar, die aufgrund der demografischen Schieflage der Lausitz kurz- und mittelfristig nur durch Zuwanderung von Fachkräften, v. a. aus dem Ausland, bewältigt werden kann (vgl. u. a. Bischoff 2025, S. 3ff und Ehrlich 2024, S. 3f). Trotz dieser messbaren Fokusverschiebung belegt die Schaffung und der Erhalt von (guten) Arbeitsplätzen den ersten und die Begrenzung von Migration den dritten Platz bei den von der Bevölkerung wahrgenommenen größten Herausforderungen der Region (MAS Gesellschaft für Marktanalyse und Strategie mbH 2025, S. 10).

Der Verdacht liegt nahe, dass ökonomische Impulse allein nicht genügen werden, um das Vertrauen der Menschen zurückzugewinnen oder gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Der Strukturwandel ist nicht nur ein ökonomischer, sondern auch ein sozialer Prozess,

der grundlegend in gesellschaftliche Strukturen eingreift. Seine nachhaltige Gestaltung erfordert neben materiellen Ressourcen vor allem auch Information, Transparenz, Beteiligung, langfristige Perspektiven sowie belastbare Strukturen.

Politische Bildung ist in diesem Kontext ein entscheidender Schlüssel, um allen Lausitzerinnen und Lausitzern die notwendigen Instrumente und Werkzeuge zur Teilhabe am Wandel zu vermitteln. Sie bildet die Basis für eine aktive Bürger*innenschaft, die den Strukturwandel nicht nur begleitet, sondern aktiv mitgestaltet. Damit dient sie als Voraussetzung, um eine Wirkkette in Gang zu setzen, die extremistischen und populistischen Akteuren in ihren den Strukturwandel gefährdenden Bestrebungen den Nährboden entzieht. Anders formuliert: Mangelnde Möglichkeiten zur politischen Bildung und Partizipation in der Region stellen ein erhebliches Risiko für den Erfolg des Strukturwandels dar.

¹ Ein Beispiel dafür ist die grassierende rechte Gewalt im Ostdeutschland der 1990er Jahre, für die Bangel (2022) den Begriff der „Baseballschlägerjahre“ prägte.

² Anzumerken ist, dass sich diese Verschiebung des politischen und gesellschaftlichen Klimas nicht nur in der Lausitz vollzieht, sondern ein Rechtsruck in vielen westlichen Demokratien sichtbar ist. Dementsprechend sollten bei der Bearbeitung der Herausforderungen des regionalen Strukturwandels auch immer globale Krisen miteinbezogen werden, die sich auch auf die regionale Bevölkerung auswirken und diese verunsichern (z. B. der Krieg in der Ukraine und der Klimawandel). Gerade bei jungen Menschen schlagen sich die daraus resultierenden Zukunftsängste in einer zunehmenden Radikalisierung nieder (vgl. u. a. Greuel 2025).

Vor dem skizzierten Hintergrund zielt das vorliegende Fokuspapier darauf ab, den gegenwärtigen Stellenwert politischer Bildung und gesellschaftlicher Partizipation in der Lausitz näher zu beleuchten und sowohl politische Bildung als auch gesellschaftliche Partizipation als zentrale Erfolgsfaktoren für den Strukturwandel in die öffentliche Debatte einzubringen. Kapitel 2 bietet hierzu

zunächst eine theoretische Einordnung des begrifflichen Verhältnisses von politischer Bildung und Partizipation. Daran anschließend befasst sich Kapitel 3 mit den Dimensionen des Lausitzer Strukturwandels. Darauf aufbauend wird die Notwendigkeit herausgearbeitet, Strukturen für politische Bildung und gesellschaftliche Partizipation im Kontext des Wandels nachhaltig zu stärken.

In diesem Zusammenhang werden sowohl die politischen Rahmenbedingungen als auch konkrete Umsetzungsmaßnahmen in der Region beleuchtet. Ergänzt wird dieser Überblick durch ausgewählte Praxisbeispiele aus der Lausitz. Kapitel 4 schließlich bündelt die zentralen Erkenntnisse und leitet daraus konkrete Handlungsoptionen ab.

» 2. POLITISCHE BILDUNG UND PARTIZIPATION – EINE BEGRIFFLICHE ANNÄHERUNG

Im Folgenden soll herausgearbeitet werden, was genau unter politischer Bildung und Partizipation verstanden wird und wie sich beide Konzepte gegenseitig bedingen.

Politische Bildung³

Das Bundesministerium des Innern (BMI 2025) definiert politische Bildung als die Vermittlung von Wissen und Kompetenzen zur Urteilsbildung und selbstbestimmten Entscheidungsfindung, die Befähigung zur Situationsreflexion, zur Übernahme von Selbstverantwortung und Verantwortung für die Gesellschaft und zur Einflussnahme auf und Mitgestaltung von Prozessen sowie die Festigung und Förderung des Verständnisses demokratischer Werte, der Menschenrechte, politischer Prozesse und Institutionen und die Stärkung des Bewusstseins für Demokratie und politische Partizipation (o. S.). Grundlage für all dies

ist laut BMI das „Werte- und Demokratieverständnis der freiheitlich demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes“ (ebd.). Außerdem wird festgehalten, dass sich politische Bildung in Deutschland am Beutelsbacher Konsens orientieren sollte. Dieser legt die Minimalbedingungen für entsprechende Bildungsangebote fest. Die Grundprinzipien sind das Überwältigungsverbot, das Gebot der Kontroversität sowie das Subjektivitätsprinzip (vgl. Wehling 1977, S. 179f.).

Welniak & Grammes (o. D.) formulieren nuancierter:

„Politische Bildung fragt existentiell danach, wie verschiedene Menschen lernen können, in Würde, Frieden und Freiheit zusammenzuleben. Um politisches Lernen zu ermöglichen, muss zwischen Politik im weiteren sowie im engeren Sinne unterschieden werden. Ein wesent-

liches Anliegen der Demokratiepädagogik ist es, soziales, gesellschaftliches und politisches Lernen sinnhaft zu verbinden. Das Erleben von Selbstwirksamkeit in sozialen, gesellschaftlichen und politischen Prozessen ist ein entscheidendes Moment politischen Lernens“ (o. S.).

Die Politologin Gudrun Heinrich (2023) betont, dass politischer Bildung auch die Stärkung der Demokratie inhärent sei. Rechtsextremismusprävention sei zudem ein positiver Nebeneffekt. Dies geschehe vornehmlich über kritische Aufklärung und Sichtbarmachung rechts-extremer Strukturen, Organisationen und Einstellungen. Dabei stehe nicht das Belehren im Vordergrund,

³ In wissenschaftlichen Debatten werden Begriffe wie „Politische Bildung“ und „Demokratiebildung“ häufig synonym verwendet, obwohl sie unterschiedlichen theoretischen Konzepten und Zielsetzungen folgen (siehe dazu u. a. Hoenig et al. 2025).

sondern die Befähigung zum Erschließen von faktenbasiertem Wissen und zum Hinterfragen verschiedener Quellen. Das beste Argument solle gewinnen, nicht das, was die einfachste Lösung biete (o. S.).

In Anlehnung an die dargelegten Definitionen und unter Bezugnahme auf die Bedeutung politischer Bildung für die Rechtsextremismusprävention wird politische Bildung im Rahmen dieses Fokuspapiers und der zukünftigen Arbeit des Netzbüros Bildung in der Lausitz folgendermaßen definiert:

Politische Bildung

Politische Bildung umfasst sowohl schulische als auch außerschulische Lernprozesse, die Individuen befähigen, eine reflektierte politische Urteilsfähigkeit zu entwickeln, fundierte Entscheidungen zu treffen und ihre Positionen argumentativ zu vertreten.

In der Lausitz, einer Region im Wandel, ist politische Bildung besonders wichtig, um den gesellschaftlichen Transformationsprozess aktiv mitzugestalten. Dabei geht es nicht nur um das Verständnis der Demokratie als Herrschaftsform, sondern um deren Verankerung als gelebte Praxis, die im Alltag erfahren wird. Politische Bildung muss dabei inklusiv und diskriminierungssensibel sein und auf die spezifischen Lebensrealitäten der Menschen in der Lausitz eingehen. Sie sollte die soziale und kulturelle Vielfalt der Region berücksichtigen und den Menschen helfen, ihre Mitwirkungsmöglichkeiten zu kennen und sich aktiv in politische Entscheidungsprozesse einzubringen. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Förderung von Partizipation und Mitbestimmung, insbesondere in einer Region, die von wirtschaftlichen Umbrüchen und demografischen Herausforderungen geprägt ist. Politische Bildung fördert somit das Verständnis für die Notwendigkeit eines solidarischen und nachhaltigen Strukturwandels, der alle Menschen in der Lausitz einbezieht.

Partizipation

Ein zentrales Kriterium für die Funktionalität und den gesellschaftlichen Mehrwert politischer Bildung ist zudem ein grundlegendes Verständnis von Partizipation. Partizipation heißt in diesem Sinne, aktiv auf Prozesse einwirken zu können, die das eigene Leben oder die Gemeinschaft betreffen (z. B. innerhalb einer Organisation, eines Vereins oder auf kommunaler Ebene) (vgl. Schubert & Klein 2020, o. S.). Partizipation ist demnach „ein Thema für alle Menschen in allen Lebensbereichen: kein Alter ohne eigene Entscheidungen, keine soziale Situation ohne eigene Mitgestaltung. Partizipation ist ein Querschnittsthema durch alle Lebenslagen“ (Moser 2010, S. 71).

Seit Anfang der 2000er Jahre steht auch die Integrationsdimension von (politischer) Partizipation zunehmend im Fokus der Diskurse (vgl. ebd.). Zentral ist dabei die Frage, wie alle Menschen, unabhängig von Geschlecht, Alter, Herkunft, sexueller Orientierung und Religion sowie sozialem Status „bestmöglich am gesellschaftlich-politischen Leben beteiligt und somit integriert werden können“ (vgl. ebd.).

Nach Straßberger und Rieger (2014) ist Partizipation dadurch gekennzeichnet, dass sie über bloße Anwesenheit oder Mitsprache hinausgeht und tatsächliche Einflussnahme auf Entscheidungen und Ergebnisse ermöglicht. Sowohl der Umfang der Einflussmöglichkeiten als auch die Entscheidungsregeln müssen den

Partizipierenden im Vorfeld transparent und verbindlich vermittelt werden (vgl. S. 230).

Nach ihrem Modell gibt es drei Vorstufen der Partizipation: Information, Möglichkeit der Meinungsäußerung und die Aufforderung zur Stellungnahme. Tatsächliche Partizipation beginnt laut Straßberger und Rieger erst, wenn gemeinsame Entscheidungen mit den betroffenen Menschen gefällt werden, diese in Teilbereichen eigenständig entscheiden dürfen, zentrale Entscheidungen autonom von Betroffenen getroffen werden können und in der letzten Konsequenz zivilgesellschaftliche Eigenaktivität ermöglicht wird, welche „allein in bürgergesellschaftlicher Verantwortung [liegt]“ (ebd. S. 230f).

Bildung im Allgemeinen und vor allem politische Bildung ist eine zentrale Voraussetzung für Partizipation.

Grundlegende Kompetenzen wie Lesen und Schreiben, kritisches Denken und Kommunikationsfähigkeiten sind unabdingbar, um sich mit politischen und gesellschaftlichen Themen auseinanderzusetzen, Informationen zu bewerten und sich eine fundierte Meinung zu bilden. In einer zunehmend digitalisierten Welt sind in diesem Zusammenhang Mediennutzungs- und Medienkritikkompetenzen besonders hervorzuheben. Die Lernwissenschaftlerin Hannah Borhan (2025) konstatiert:

„Im Gegensatz dazu kann ein eingeschränkter Bildungszugang oder ein niedriger Bildungsstand zu geringerem politischer Bildung und geringerem politischen Bewusstsein führen, was Menschen möglicherweise davon abhält, ihr Wahlrecht wahrzunehmen oder sich gesellschaftlich zu engagieren. Inklusive Bildung stellt sicher, dass alle Menschen einen gleichberechtigten Zugang zu Angeboten der politischen Bildung erhalten“ (S. 58, eigene Übersetzung).

(Politische) Bildung stellt damit eine zentrale Voraussetzung für eine gleichberechtigte Teilhabe und Chancengleichheit in einer demo-

kratischen Gesellschaft dar und ist einer breiten Akzeptanz gegenüber gesamtgesellschaftlichen Transformationsprozessen im Allgemeinen und staatlichem Handeln im Speziellen zuträglich. Durch die konsequente Miteinbeziehung breiter Bevölkerungsgruppen erwächst im Idealfall ein Gefühl von Selbstwirksamkeit und positiver Betroffenheit und das Ansehen demokratischer Werte wird gestärkt.

Die Förderung eines fundierten Demokratieverständnisses stellt in diesem Kontext einen zentralen Schlüssel in Bezug auf die Deutung der bereits laufenden Transformationsprozesse dar. Politische Bildung zielt in diesem Kontext idealerweise darauf ab, möglichst alle gesellschaftlichen Gruppen in die Lage zu versetzen, die ihnen zustehenden Grundrechte und die Funktionsweisen demokratischer Institutionen zu verstehen sowie die vielfältigen Formen politischer und gesellschaftlicher Partizipation und anzuwenden. Darüber hinaus werden die normativen Grundlagen und Wertorientierungen, auf denen das demokratische Gemeinwesen fußt, transparent gemacht. Wer über die entsprechenden Kenntnisse und ein tiefgreifendes Verständnis verfügt, ist in der Lage, vorhandene Partizipationsmöglichkeiten wahrzunehmen, sich aktiv in gesellschaftliche Prozesse einzubringen und gestaltend auf die Zukunft einzuwirken. Dabei kommt nicht nur der theo-

retischen Aneignung von Wissen, sondern insbesondere auch erfahrungsbasiertem Lernen eine herausragende Bedeutung zu. Partizipation und politische Bildung bilden in diesem Zusammenhang eine untrennbare Einheit: Partizipation wird zum praxisorientierten Lernen im Kontext politischer Bildung. In solchen Handlungsräumen kann theoretisches Wissen angewandt, können Aushandlungsprozesse erlebt und kann Selbstwirksamkeit unmittelbar erfahren werden. Auf diese Weise wird eine demokratische Haltung kultiviert und das Engagement zur Mitgestaltung gesellschaftlicher Prozesse gestärkt, insbesondere solcher, die das eigene Leben unmittelbar betreffen.

Der Strukturwandel verändert die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt in der Lausitz grundlegend und hat direkte Auswirkungen auf das Leben der Bevölkerung. Arbeitsplätze in traditionellen Industrien gehen verloren, während neue Qualifikationen und Arbeitsformen an Bedeutung gewinnen. Dadurch entstehen sowohl Chancen als auch (soziale) Herausforderungen, insbesondere für weniger mobile oder marginalisierte Bevölkerungsgruppen. Eine inklusive Gestaltung partizipativer Angebote und (politischer) Bildung spielen eine zentrale Rolle, um allen Partizipation am Wandel zu ermöglichen und die Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen.

» 3. (POLITISCHE) BILDUNG UND PARTIZIPATION IM LAUSITZER STRUKTURWANDEL

3.1 Dimensionen des Lausitzer Strukturwandels – ein kurzer Überblick

Ökonomie

Demokratiethoretisch betrachtet zeigt sich der Lausitzer Strukturwandel bislang als wirtschaftlich dominierter Prozess, dessen Leitlinien im Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen vorgegeben und somit nur begrenzt öffentlich ausgehandelt wurden. Aus politischer Perspektive, also bezogen auf gesetzliche Rahmenbedingungen und staatliche Steuerung bzw. Förderung, stehen aktuell wirtschaftliche Aspekte im Zentrum des Lausitzer Strukturwandels, was sich in den formulierten Leitplanken für die Transformation im Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen ablesen lässt. Die Anliegen des Gesetzes sind in erster Linie der Ausgleich unterschiedlicher Wirtschaftskraft, die Förderung des wirtschaftlichen Wachstums und die Sicherung der Beschäftigung der ansässigen Bevölkerung in den Braunkohlerevieren (vgl. §1 StStG). Auch die Sicht der Bevölkerung auf den Strukturwandel ist durch ökonomische Aspekte und Sorgen dominiert. Im Lausitzmonitor 2025 werden von den Befragten die Schaffung bzw. der Erhalt (attraktiver) Arbeitsplätze (35 %) und die Wirtschaft allgemein (26 %) als zentrale Herausforderungen in der Region identifiziert (MAS Gesellschaft für Marktanalyse und Strategie 2025, S. 11).

Ökologie

Die ökonomischen Aspekte des Strukturwandels sind untrennbar mit der ökologischen Dimension verflochten, welche den eigentlichen Impuls für die gegenwärtig in der Region stattfindenden Transformationsprozesse darstellt. Die Erfordernisse einer nachhaltigen und zukunftsorientierten Wirtschaftsweise ergeben sich aus der Verpflichtung, international vereinbarte Klimaziele einzuhalten, adäquate Alternativen zu fossilen Energieträgern zu entwickeln und auf diese Weise den vielfältigen ökologischen Krisen, wie dem menschengemachten Klimawandel, der zunehmenden Umweltverschmutzung sowie dem globalen Artensterben, wirksam entgegenzutreten. Diese Herausforderungen spiegeln sich auch in der wirtschaftlichen Neuausrichtung der Lausitz wider. So soll die Lausitz z. B. das erste „Net Zero Valley“ werden, eine europäische Modellregion für klimaneutrale Wirtschaft und Industrie. Gleichzeitig zeigt der Lausitzmonitor 2025, dass ein großer Anteil der Lausitzer Bevölkerung (42 %) die Ziele der Energiewende grundsätzlich nicht befürwortet (MAS Gesellschaft für Marktanalyse und Strategie mbH 2025, S. 13). Die gesellschafts- und umweltpolitischen Zielsetzungen werden demnach bislang nicht in ausrei-

chendem Maße von der Gesellschaft in der Lausitz mitgetragen. Diese Diskrepanz verweist auf eine grundlegende Herausforderung des Strukturwandels.

Soziale Transformation

In der Lausitz vollzieht sich gegenwärtig ein weitreichender, multidimensionaler Transformationsprozess – erste Schritte sind bereits vollzogen, doch vieles bleibt weiterhin offen und profunde Vorhersagen gehen über den sprichwörtlichen Blick in die Glaskugel nicht hinaus. Der Umstand der grundsätzlichen Offenheit des Strukturwandels begünstigt wiederum zusätzlich zur allgemeinen Skepsis gegenüber der Sinnhaftigkeit einer energiepolitischen Wende – das Entstehen gesellschaftlicher Spannungen und sozialer Verunsicherung.

Die Situation eröffnet einerseits ein enormes Maß an Gestaltungsspielraum, birgt Platz für innovative Projekte, neue Denkansätze und berechnete Hoffnungen. Andererseits steht dieser Offenheit ein fundamentaler Wandel gegenüber, der keinem festgelegten Fahrplan folgt, von zahlreichen externen Faktoren beeinflusst wird und eng verknüpft

ist mit Verlustängsten, Unsicherheiten, Skepsis und der Sorge vor Veränderung. Die Ursachen dieser ambivalenten Haltung sind tief in der kollektiven Erinnerung der Region verankert. Viele Bewohner*innen der Lausitz haben die disruptiven Umbrüche der 1990er Jahre mit all ihren sozialen, ökonomischen und emotionalen Verlusten unmittelbar erlebt. Entscheidungen wurden damals über die Köpfe der betroffenen Bevölkerung hinweg getroffen – mit gravierenden negativen Folgen. Die daraus resultierenden Entwertungserfahrungen, das Empfinden, Bürger*innen zweiter Klasse zu sein, und die damit einhergehende Entfremdung vom politischen System wirken bis heute nach (vgl. Gürtler, Luh & Staemmler 2020, o. S.).

Dieses kollektive Trauma, das teils generationenübergreifend weitergegeben wurde, bildet nun die Projek-

tionsfläche für den endgültigen Ausstieg aus der Kohleverstromung – ein Wandel, der alte Wunden aufreißt und Widerstände hervorruft. Der einzige Weg, dieser Skepsis – die sich nicht zuletzt in dem Erstarken rechter politischer Strömungen, einem Anstieg rechtsextremer Gewalt und der zunehmenden Radikalisierung, insbesondere junger Menschen, manifestiert – wirksam zu begegnen, besteht darin, die Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen. Es gilt den Wandel transparent zu gestalten (z. B. mit klar definierten, messbaren Zwischenzielen), komplexe Problemlagen u. a. durch geeignete Bildungsangebote nachvollziehbar zu machen und umfassende Partizipationsmöglichkeiten für alle Bevölkerungsgruppen zu schaffen. Erforderlich sind Maßnahmen, die sich an der realen Lebenswelt der Menschen orientieren, konkrete Bedarfe aufgreifen und tatsächlich zu einer Ver-

besserung der Lebensqualität, auch für zukünftige Generationen, in der Region führen.

Ziel sollte sein, den Wandel nicht über die Menschen hinweg, sondern gemeinsam mit ihnen zu gestalten.

Dabei müssen die vielfältigen Erfahrungen und die Identitäten der Menschen vor Ort mitgedacht und wertgeschätzt werden. Wenn die Menschen in der Lausitz Selbstwirksamkeit erfahren und die Transformation nicht als abstraktes politisches Konstrukt, sondern als individuelle und kollektive Chance verstanden wird, kann ein zukunftsfähiges und lebenswertes Miteinander entstehen. Dafür gilt es eine gemeinsame Vision zu entwickeln und dabei auch regional geprägte Narrative zu berücksichtigen, um die Identifikation der Bevölkerung vor Ort mit dem Wandel zu fördern.⁴

» 3.2 Gesetzlicher und strategischer Rahmen für Partizipation im Strukturwandel

Die Relevanz von Partizipation im Rahmen des gesellschaftlichen Miteinanders schlägt sich ganz grundsätzlich im deutschen Grundgesetz nieder. Es garantiert grundlegende Freiheits- und Beteiligungsrechte wie z. B. das Recht auf freie Meinungsäußerung (Art. 5 Abs. 1 GG), das Recht auf Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen (Art. 20 Abs. 2 GG) oder die Versammlungsfreiheit (Art. 8 Abs. 1 GG). Auf Landesebene konkretisieren die Bundesländer Brandenburg und Sachsen diese Grundrechte im Hinblick auf Kinder und Jugendliche, indem sie deren Beteiligung auf kommunaler Ebene

explizit gesetzlich verankern (§ 18a BbgKVerf, § 47a SächsGemO bzw. § 43a SächsLKro).

Diese rechtlichen Grundlagen gewinnen insbesondere im Kontext des Strukturwandels an Relevanz, da die damit verbundenen Investitionen auf eine nachhaltige Zukunftsfähigkeit der Region abzielen und damit auch Kinder und Jugendliche betreffen. Ihre Perspektiven sind daher in Entscheidungsprozesse einzubeziehen, insbesondere wenn diese langfristige Auswirkungen auf die Lausitz entfalten. Um sie in die Lage zu versetzen, ihre Standpunkte mündig

*zu vertreten, sollten Kinder und Jugendliche in besonderem Maß als Adressat*innen der politischen Bildung berücksichtigt werden.*

Der Anspruch, den Strukturwandel in der Lausitz partizipativ zu gestalten

⁴ Das kann z. B. die Entkopplung der symbolischen Bedeutung der Kohle von der ökonomischen Bedeutung (vgl. Gürtler et al. 2020, S. 39) oder auch das Beibehalten des Bildes der Lausitz als bedeutende Energieregion sein, die jetzt auch bei der Energiewende eine Vorreiterrolle einnimmt. So wird die Leistung der vergangenen Generationen von Mitarbeitenden dieses Sektors wertgeschätzt und gleichzeitig in die Moderne übertragen, um ökonomisch anschlussfähig zu bleiben.

und dabei demokratische Strukturen sowie Mitbestimmungsmöglichkeiten zu stärken, ist programmatisch in diversen strukturpolitischen Dokumenten verankert. So benennt das Lausitzprogramm 2038 der Staatskanzlei des Landes Brandenburg im Rahmen der Strukturentwicklung als dritte Priorität die „Stärkung und Entwicklung von Lebensqualität und Vielfalt“ (Staatskanzlei Brandenburg 2024, S. 15). Darunter fallen unter anderem Maßnahmen zur Sicherung der Daseinsvorsorge, zum Ausbau sozialer Infrastrukturen, zur partizipativen Begleitung des Transformationsprozesses sowie zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Begleitende Initiativen sollen explizit zur Lebensqualität beitragen, Partizipations- und Beteiligungsformate stärken und damit auch den sozialen und regionalen Zusammenhalt nachhaltig fördern. Von zentraler Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Schaffung verstetigter *Sozialer Orte*, die als langfristige Plattformen und Gelegenheitsstrukturen für Dialog, Begegnung und gemeinschaftliche Entwicklung fungieren können.

Auch das Handlungsprogramm zur Umsetzung des Strukturstärkungsgesetzes Kohlregionen des sächsischen Staatsministeriums für Regionalentwicklung⁵ hebt in besonderem Maße die Bedeutung partizipativer Elemente hervor (vgl. Sächsisches Staatsministerium für Regionalentwicklung o. D., S. 12). Darin wird die Notwendigkeit betont, sowohl „Transparenz nach innen durch Bürgerbeteiligung“ als auch „Transparenz nach außen für andere Regionen“ als fundamentale Prinzipien der regionalen Entwicklung zu verankern (ebd.). Diese Forderung wird

Soziale Orte

Das Konzept der Sozialen Orte nach Jens Kersten, Claudia Neu und Bertold Vogel beschreibt physische Räume, die soziale Nähe, Begegnung und gemeinschaftliches Handeln ermöglichen (Kersten et al. 2022). Solche Orte sind nicht nur Treffpunkte, sondern zentrale Plattformen für Teilhabe, Engagement und demokratische Aushandlungsprozesse und können somit zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts beitragen und Polarisierungstendenzen entkräften. Als zentrale Bedingung gilt das Vorhandensein öffentlicher Infrastruktur, tragfähiger Institutionen sowie einer Verwaltung, deren langfristige Finanzierung gesichert ist (Arndt et al. 2020, S. 2f.). Insbesondere in ländlichen Regionen wie der Lausitz können Soziale Orte einem Gefühl sozialer Isolation entgegenwirken und tragen dazu bei, den strukturellen Wandel partizipativ und inklusiv mitzugestalten.

mit dem historischen Erbe der Region begründet: Die teils schmerzhaften Erfahrungen des Strukturwandels nach 1990 verdeutlichen die Notwendigkeit eines bewussten Bruchs mit der Vergangenheit durch eine transparente und beteiligungsorientierte Gestaltung der Transformation (vgl. ebd.).

Politische Bildung stellt in diesem Kontext das grundlegende Fundament für politische Partizipation sowie ein tolerantes und demokratisches Miteinander dar.

Aus diesem Grund sind auch Schulen im Land Brandenburg dazu verpflichtet, Schüler*innen darin zu unterstützen, Toleranz und Demokratieverständnis als zentrale Werte einer offenen Gesellschaft zu verinnerlichen und sich aktiv gegen jede Form von Extremismus, Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zu positionieren (vgl. MBJS 2025, o. S.).

Zur Stärkung der außerschulischen politischen Bildung hat der Bund 2023 das Demokratiefördergesetz

(DFördG) verabschiedet. Dieses Gesetz verfolgt das Ziel, zivilgesellschaftliches Engagement zu fördern und die Vielfalt demokratischer Beteiligung sichtbar zu machen und zu schützen. Es betont darüber hinaus die Notwendigkeit einer nachhaltigen und verlässlichen Finanzierung der demokratischen Infrastruktur, um langfristige Angebote zur Förderung demokratischer Teilhabe abzusichern (vgl. BMFSFJ 2023, o. S.).

In der Zusammenschau zeigt sich deutlich, dass die Notwendigkeit partizipativer Prozesse und demokratischer Bildung, insbesondere im Kontext des Strukturwandels, sowohl in der Gesetzgebung des Bundes und der Länder als auch in der konzeptionellen Ausgestaltung strukturpolitischer Programme ihren Niederschlag findet und somit bereits vorab als zentrale Gelingensbedingung des Strukturwandels identifiziert wurde.

⁵ seit 2024 Sächsisches Staatsministerium für Infrastruktur und Landesentwicklung

» 3.3 Beteiligung am Strukturwandel aus Sicht der Lausitzer Bevölkerung – ein Stimmungsbild

Die Verbundenheit der Bevölkerung mit der Region ist in der Lausitz ausgeprägt: 88 % der im Rahmen des Lausitzmonitors 2025 Befragten geben an, dass ihnen ihre Heimatregion am Herzen liegt (vgl. MAS Gesellschaft für Marktanalyse und Strategie mbH 2025, S. 22). Dieses hohe Maß an regionaler Identifikation stellt grundsätzlich einen förderlichen Rahmenfaktor für die Ansprache und Aktivierung zivilgesellschaftlicher Partizipation dar.

Gleichzeitig offenbart der Lausitzmonitor eine ambivalente Haltung der Bevölkerung gegenüber den vorhandenen Kanälen politischer Beteiligung. Die Zufriedenheit mit den bestehenden Partizipationsmöglichkeiten ist rückläufig: Nur noch 47 % (ebd. S. 12) der Befragten äußern sich diesbezüglich zufrieden, was einem Rückgang um 12 Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr entspricht (ebd.). Zudem rangierten demokratische Beteiligungsmöglichkeiten im subjektiven Ranking wichtiger Aspekte des gesellschaftlichen Wandels im unteren Bereich und werden lediglich von 23 % der Befragten als für sie persönlich bedeutsam eingestuft (ebd. S. 11).

Eine ähnliche Diskrepanz wird deutlich bei der Frage nach dem Interesse an Mitbestimmung und -gestaltung und dem tatsächlichen Engagement: 52 % möchten sich einbringen, 29 % haben sich „in letzter Zeit“ engagiert. 39 % haben das Empfinden, sich prinzipiell aktiv an der Gestaltung der Region beteiligen zu können (ebd. S. 22). Konkret auf den Strukturwandel bezogen, ist der Gestaltungswille deutlich geringer. Lediglich 6 % der Befragten gaben an, starkes Interesse an der Beteiligung an konkreten Projekten in der Region zu haben. Demgegenüber stehen 20 %, die daran gar kein Interesse haben (ebd. S. 25).

Da dem Strukturwandel vor dem Hintergrund der Dekarbonisierung inhärent ist, dass er langfristig angelegt und zukunftsorientiert sein sollte, liegt ein Blick auf die Altersgruppen nahe, die im Idealfall auch zukünftig (noch) in der Region leben werden. Das Projekt „Revierwende - Team Lausitz“ erhebt seit 2023 jährlich ein Stimmungsbild zum Strukturwandel unter jungen Menschen bis zum Alter von 27 Jahren (Schmidt et al. 2025, S. 1). Die Umfrage aus dem Jahr 2025 zeichnet ein eher düsteres Bild: 92 % der jun-

gen Menschen fühlen sich schlecht über den Strukturwandel informiert (ebd.). Wenig überraschend ist demnach auch, dass sich 88 % der Befragten zu wenig in den Prozess einbezogen fühlen (vgl. ebd.). Dennoch würden sich 39 % laut eigener Aussage engagieren, wenn sie angesprochen werden würden (ebd.). Dies ist eine Bevölkerungsgruppe, die unbedingt adressiert werden sollte, denn was sich auch abzeichnet ist, dass die Bereitschaft über die Jahre sinkt (2023: 53 %; 2024: 45 %) (ebd.).

Der Lausitzmonitor und die Jugendbefragung der Revierwende verdeutlichen, dass eine Bereitschaft zur Mitwirkung bei vielen Lausitzer*innen noch nicht in vollem Maße aktiviert wird, obwohl die Region den Menschen wichtig ist und viele sich vorstellen können, sich einzubringen, wenn sie die Möglichkeit bekämen. Im Folgenden wird daher beleuchtet, wie sich die Arbeit der Strukturentwicklungsgesellschaften bislang gestaltet, wie die Zivilgesellschaft in den Prozess einbezogen wird und wie sie dazu beiträgt, eine Brücke zu den Bürger*innen zu schlagen.

» 3.4 Umsetzung

3.4.1 DIE ARBEIT DER STRUKTURENTWICKLUNGSGESELLSCHAFTEN

Die Verteilung finanzieller Mittel des sogenannten Länderarms im Rahmen des Strukturstärkungsgesetzes erfolgt in Brandenburg und Sachsen nach unterschiedlichen Verfahren. Infolgedessen divergieren auch die Einflussmöglichkeiten der Zivilgesellschaft sowie der einzelnen Bewohner*innen der Lausitz auf den Transformationsprozess innerhalb der Region.

Im sächsischen Teil der Lausitz übernimmt die Sächsische Agentur für Strukturentwicklung (SAS) eine zentrale Rolle im sogenannten Projektvorschlagsverfahren. Zunächst werden die von den Projektträgern eingereichten Projektvorschläge fachlich-inhaltlich vorgeprüft. Anschließend ist die SAS zuständig für die Qualifizierung der Projektvorschläge hinsichtlich der Förderfähigkeit und -würdigkeit, ehe die Staatsregierung eingebunden wird und eine Interministerielle Arbeitsgruppe (IMAG) eine Stellungnahme abgibt. Diese liegt dann dem Regionalen Begleitausschuss (RBA) vor, der die förderwürdigen Projekte auswählt (vgl. SAS o. D. a, o. S.). Stimmberechtigte Mitglieder im RBA sind derzeit Vertreter*innen der Landkreise Bautzen und Görlitz, Bürgermeister*innen aus beiden Landkreisen und der Leiter der Abteilung 3 des Sächsischen Staatsministeriums für Infrastruktur und Landesentwicklung (SMIL).⁶ Zivilgesellschaftliche Akteure und Ver-

treter*innen bestimmter Bevölkerungsgruppen wie etwa Kinder und Jugendliche werden vornehmlich beratend in den Entscheidungsprozess einbezogen (vgl. SAS o. D. b, o. S.).

Im brandenburgischen Teil der Lausitz durchlaufen eingereichte Projektvorhaben einen mehrstufigen Werkstattprozess, organisiert durch die Wirtschaftsregion Lausitz (WRL). Am Anfang steht auch hier eine Projektidee, die in Form eines Steckbriefs bei der WRL eingereicht und bei Bedarf bereits vorqualifiziert wird. Im Anschluss folgen fünf thematisch ausgerichtete Werkstätten, in denen die Projektvorschläge unter gleichberechtigter Mitwirkung unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen, darunter Vertreter*innen aus Wissenschaft, Verwaltung, Wirtschaft sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen, behandelt werden. Ziel dieses Prozesses ist die konsensorientierte Auswahl von Projekten, die im Anschluss der Interministeriellen Arbeitsgruppe (IMAG) zur Prüfung und zur finalen Entscheidung vorgelegt werden (vgl. WRL 2025).

Eine direkte Antragstellung durch Bürger*innen ist sowohl in Sachsen als auch in Brandenburg nicht vorgesehen.

Bereits zu Beginn des Strukturwandelprozesses wurden für den brandenburgischen Teil der Lausitz zu-

dem weitergehende Beteiligungsoptionen für Bürger*innen diskutiert. In einem Policy Brief des Interdisziplinären Zentrums für ökologischen und revitalisierenden Stadtumbau (IZS) aus dem Jahr 2021 wird etwa ein zweistufiges Rückkopplungsverfahren vorgeschlagen (vgl. Heer 2021, S. 4 ff). In der ersten Stufe soll vor Beginn des Werkstattprozesses die Perspektive der Bürger*innen systematisch erhoben werden, um ein differenziertes Bild ihrer Sichtweisen auf relevante Problemlagen, ihrer Prioritätensetzungen sowie potenzieller Widerstände zu erhalten. Diese Erkenntnisse sollen anschließend gleichrangig mit wissenschaftlichen Expertisen und regionalen Entwicklungsstrategien in die Projektbewertung einfließen. In der zweiten Stufe würde die im Werkstattprozess weiterentwickelte Projektidee den Bürger*innen erneut zur Stellungnahme beziehungsweise zur Einbringung von Veränderungsvorschlägen vorgelegt. Idealerweise würde das Ergebnis dieses zweiten Bürger*innenvotums gemeinsam mit dem Gesellschaftsbeschluss der WRL an die IMAG weitergeleitet und in den abschließenden Entscheidungsprozess integriert. Solche und ähnliche Vorschläge wurden bislang jedoch nicht umgesetzt.

⁶ Alle stimmberechtigten Mitglieder haben zudem noch Stellvertreter*innen.

3.4.2 ZIVILGESELLSCHAFTLICHE PROJEKTE

Zivilgesellschaftliche Akteure und Projekte engagieren sich in der Lausitz maßgeblich dafür, eine Brücke zwischen den institutionell gesteuerten Strukturentwicklungsprozessen – etwa durch Strukturentwicklungsgesellschaften – und der aktiven Beteiligung der Bürger*innen zu schlagen. Ihr Ziel ist es, Menschen darin zu bestärken, sich selbstwirksam in gesellschaftliche Prozesse einzubringen und ihre Lebenswelt aktiv mitzugestalten. Damit übernehmen sie eine zentrale Vermittlungs- und Impulsfunktion und fungieren als Wegbereiter für eine demokratische, sozial eingebettete Transformation. Sie erweitern und vertiefen den Raum für Partizipation, indem sie niedrigschwellige Zugänge eröffnen, adressatengerechte Informationsformate bereitstellen und unterschiedliche Bevölkerungsgruppen zur aktiven Teilhabe ermutigen – insbesondere jene, die in etablierten Beteiligungsstrukturen bislang unterrepräsentiert sind. Darüber hinaus bieten sie Beratung zu Fördermöglichkeiten, vernetzen lokal Engagierte und initiieren partizipative Projekte, die kollektive Lern- und Gestaltungsräume schaffen. Gerade im Kontext des Strukturwandels leisten sie damit einen Beitrag dazu, dass dieser nicht ausschließlich technokratisch oder ökonomisch, sondern auch sozial, demokratisch und inklusiv gedacht und umgesetzt wird.

Zivilgesellschaftliche Initiativen tragen zudem wesentlich zur (außer-schulischen, non-formalen, informellen) politischen Bildung bei. Sie schaffen Orte der Orientierung, Reflexion und Auseinandersetzung mit demokratischen Werten und eröffnen Räume, in denen Beteiligung nicht abstrakt, sondern konkret erfahrbar wird. Klassische Bildungsformate wie Workshops, Materialien oder Schulungen werden dabei vielfach durch kreative, lebensweltlich verankerte Ansätze ergänzt, etwa durch künstlerische Angebote, Stadtteilarbeit oder digitale Beteiligungstools. Besonders wirksam ist hierbei auch das von ihnen getragene soziale Kapital: Durch persönliche Netzwerke, Vertrauensbeziehungen und lokale Verankerung kann es ihnen gelingen, den Menschen vor Ort den Rücken zu stärken und nachhaltige Beteiligung zu ermöglichen.

Gleichzeitig ist das zivilgesellschaftliche Feld in der Lausitz oft kleinteilig organisiert, stark von ehrenamtlichem Engagement getragen und strukturell unterfinanziert. Der Mangel an hauptamtlichem Personal, die Unsicherheit über langfristige Förderperspektiven sowie Nachwuchsprobleme stellen erhebliche Herausforderungen für die Verstetigung und Weiterentwicklung der Arbeit dar. Hinzu kommt, dass zivilgesellschaftliche Akteure

zunehmend unter Druck geraten – sei es durch politisch motivierte Angriffe, etwa aus dem rechtsextremen Spektrum (vgl. u. a. Memar-nia 2025), oder durch strukturelle Benachteiligung, beispielsweise durch Entziehung finanzieller Mittel (vgl. u. a. RAA Sachsen). Gleichzeitig entstehen jedoch auch neue Formen der Kooperation und gegenseitigen Unterstützung: Bündnisse (z. B. „Unteilbar Südbrandenburg“, die Initiative „Sichere Orte“, träger-verBUNT-Netzwerk für Demokratie und Vielfalt im Landkreis Bautzen), die zeigen, wie durch solidarisches Zusammenwirken neue Handlungsräume erschlossen werden können.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, unter welchen Bedingungen Partizipation und politische Bildung im Kontext des Strukturwandels nicht nur angestoßen, sondern auch nachhaltig verankert werden können. Welchen Herausforderungen müssen sich engagierte Akteure, Institutionen und politische Entscheidungsträger*innen künftig stellen, um Beteiligung wirksam, inklusiv und demokratie-stärkend zu gestalten und welche Chancen ergeben sich aus dem Engagement für vielfältige Angebote im Bereich der politischen Bildung und zur Partizipation?

RABRYKA

www.rabryka.eu/de/

RABRYKA ist ein soziokulturelles Zentrum in Görlitz, das politische Bildung, Jugendpartizipation und zivilgesellschaftliches Engagement praxisnah und niedrigschwellig verbindet. Entstanden aus einem Jugend-Stadt-Labor des Vereins Second Attempt e.V. unterstützt es seit 2011 junge Menschen dabei, ihre Stadt aktiv mitzugestalten. Auf dem Gelände einer ehemaligen Hefefabrik bietet RABRYKA Raum für Mitbestimmung, Selbstwirksamkeit und solidarisches Miteinander. Jugendliche und Erwachsene erhalten Unterstützung, eigene Ideen umzusetzen – etwa in Jugendräten, interkulturellen Cafés oder Klimaworkshops. Projekte wie das A-Team, ein Reparatur-Café oder der Stadtteilgarten „Zusammen.WACHSEN“ schaffen Erfahrungsräume, in denen gesellschaftliche Fragen



diskutiert, Verantwortungsübernahme erprobt und demokratische Prozesse gelebt werden. RABRYKA legt besonderen Wert auf inklusive Bildung, etwa durch Angebote für Geflüchtete oder zur Förderung von Mädchen in MINT-Bereichen. In einem offenen, nicht-hierarchischen Setting können Menschen unabhängig von Herkunft, Bildungsgrad oder Alter ihre Perspektiven einbringen. In einer Region im Wandel schafft das Projekt Räume für Dialog, Teilhabe und die Ausbildung politischer Urteilsfähigkeit und es trägt damit aktiv zur demokratischen Kultur und zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen bei.

RADIKALE TÖCHTER

www.radikaletoechter.de

Das berufliche und betriebliche Umfeld ist ein zentraler Sozialraum im Erwachsenenalter und es bietet wichtige Anknüpfungspunkte für politische Bildung. Ein innovativer Akteur in diesem Feld ist die in Brandenburg, Sachsen und Thüringen aktive Organisation „Radikale Töchter“. Die Organisation vermittelt politische Bildung unmittelbar am Arbeitsplatz in Unternehmen, Betrieben und Ausbildungseinrichtungen. Ihr Ansatz verbindet politische Bildung mit Aktionskunst und setzt auf kreative Methoden, um demokratische Teilhabe zu fördern. In interaktiven Workshops entwickeln die Teilnehmenden ausgehend von Fragen wie: „Was bewegt mich?“ oder: „Wie kann ich aktiv werden?“ künstlerisch-aktivistische Projekte, die oft



direkt im beruflichen Umfeld umgesetzt werden können. Ziel ist es, politische Selbstwirksamkeit und demokratische Handlungskompetenz zu stärken, besonders in strukturell herausgeforderten Regionen wie der Lausitz. „Radikale Töchter“ zeigt: Politische Bildung am Arbeitsplatz kann praxisnah, kreativ und alltagsbezogen sein. Sie ergänzt klassische Bildungsformate sinnvoll, indem sie Empowerment, Beteiligung und demokratische Praxis miteinander verknüpft und Menschen dort erreicht, wo sie einen Großteil ihres Lebens verbringen – im beruflichen Alltag.

DIE BÜRGERREGION LAUSITZ

www.buergerregion-lausitz.de

Die Bürgerregion Lausitz ist ein Projekt, das vor sechs Jahren lausitzweit gestartet wurde und seit drei Jahren im Rahmen des STARK-Programms gezielt in der brandenburgischen Lausitz aktiv ist. Ziel ist ein demokratisch und gesellschaftlich gestalteter Strukturwandel in der Region. Im Zentrum steht die Zivilgesellschaft, d. h. engagierte Bürger*innen und Organisationen, die sich gesellschaftlich einbringen möchten. Die Bürgerregion bietet Formate wie Workshops und



Beteiligungsaktionen an und unterstützt Initiativen durch Beratung, Weiterbildung sowie Vernetzung. Als Plattform für kooperative Regionalentwicklung vertritt sie zivilgesellschaftliche Interessen, etwa in den Werkstätten der WRL, und fördert Projekte, die das Leben vor Ort nachhaltig bereichern.

» 3.5 Herausforderungen und Chancen

Bis hierhin wurde herausgearbeitet, welche Themenschwerpunkte und Wirkfelder Instrumente der politischen Bildung und Verfahren der Partizipation betreffen und welchen Stellenwert sie in Bezug auf die langfristigen Erfolgsaussichten von Strukturwandelprozessen haben. Es wurde festgehalten, dass die betreffenden Gesetze und Strukturpapiere grundsätzlich so formuliert sind, dass Partizipation prinzipiell als wünschenswert und förderlich verhandelt wird. Dennoch gibt es im Rahmen der offiziellen Projektförderung nach wie vor das Potenzial, diesen partizipativen Ansatz tiefgreifender umzusetzen. Woran das liegt und warum es sich trotzdem lohnt, bessere Bedingungen für Partizipation auf Augenhöhe und passgenaue Angebote für politische Bildung zu schaffen, soll im Folgenden erörtert werden.

Herausforderungen

Die Implementierung partizipativer Prozesse ist mit einer Vielzahl struktureller und inhaltlicher Herausforderungen verbunden, die es differenziert zu benennen gilt.

A) Notwendigkeit ausreichender Ressourcen in den Verwaltungsstrukturen

Auf Seiten der initiierenden Akteure, etwa auf kommunaler Ebene oder bei den Strukturentwicklungsgesellschaften, mangelt es häufig an den notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen, um wirkungsvolle Beteiligung zu ermöglichen. Dies wird durch den allgemeinen Personalmangel in der öffentlichen Verwaltung ergänzt und erschwert mittelfristig die zügige Bearbeitung zusätzlicher Aufgabenbereiche wie der

Bürger*innenpartizipation erheblich. Dies führt zu einer Verknappung zeitlicher Kapazitäten, die für eine sorgfältige Planung, Durchführung und Nachbereitung partizipativer Verfahren erforderlich wären.

B) Methodenkenntnisse und institutionelle Verankerung

Darüber hinaus bestehen teilweise erhebliche Wissens- und Handlungslücken innerhalb der Verwaltung sowie in politischen Gremien hinsichtlich der Konzeption und Umsetzung zielgerichteter Beteiligungsformate (vgl. Schwan et al. 2021, S. 20), insbesondere in Bezug auf eine adressatengerechte Ansprache und Inklusion diverser gesellschaftlicher Gruppen. Eine zusätzliche strukturelle Schwäche ergibt sich aus der häufig projektgebundenen, zeitlich befristeten Natur vieler Beteiligungs- und Bildungsangebote. Eine nachhaltige Wirkung wird dadurch ebenso erschwert wie die institutionelle Verankerung entsprechender Strukturen (vgl. ebd. S. 24).

C) Fachkundige Moderation und Kommunikationsfertigkeiten

Ein weiteres zentrales Problem stellt die Komplexität von Entscheidungsfindungen in heterogenen Gruppen dar – insbesondere dann, wenn vielschichtige Problemlagen bearbeitet werden. Unterschiedliche Perspektiven und divergierende Interessen erhöhen das Konfliktpotenzial erheblich. Um diesen Herausforderungen konstruktiv begegnen zu können, bedarf es sowohl ausgeprägter fachlicher Kompetenzen als auch Toleranz, Dialogfähigkeit und professioneller Moderation seitens der Beteiligten. Ohne diese Vor-

aussetzungen drohen partizipative Prozesse zu stagnieren oder gar zu scheitern. Daran zeigt sich, wie eng politische Bildung und Partizipation verwoben sind.

D) Gefahr von „Scheinpartizipation“ und ungleichen Teilhabechancen

Von zentraler Bedeutung sind zudem zwei besonders häufig identifizierte Risiken partizipativer Verfahren: die sogenannte „Scheinpartizipation“ sowie die ungleiche Wahrnehmung und letztendliche Distribution von Teilhabechancen in Bezug auf unterschiedliche Bevölkerungsgruppen (vgl. u. a. Schwan et al. 2021, S. 20 & Wohlfeld et al. 2023, S. 9). Beteiligungsformate, die lediglich den Anschein von Mitgestaltung erwecken, in der Praxis jedoch keine tatsächliche Einflussnahme ermöglichen oder entscheidungsrelevante Vielfalt systematisch ausblenden, wirken langfristig desillusionierend.

E) Exklusion marginalisierter Bevölkerungsgruppen

Besonders gravierend sind die Auswirkungen solcher Erfahrungen auf Menschen, die ohnehin geringere Beteiligungschancen haben, etwa aufgrund sozioökonomischer Benachteiligung oder eines niedrigeren Bildungsniveaus. Wenn diese Gruppen in partizipativen Prozessen negative oder entwertende Erfahrungen machen, kann dies zu dauerhaftem Rückzug aus gesellschaftlichem Engagement führen und bestehende Ungleichheiten weiter verfestigen (vgl. Wohlfeld, Hüsön & Gagné 2023, S. 3).

Viele der identifizierten Herausforderungen sind naturgemäß wechselseitig bedingt. Der Mangel an personellen und zeitlichen Ressourcen resultiert vielfach daraus, dass in vielen Verwaltungsstrukturen spezialisierte Fachkräfte für Beteiligung fehlen. Partizipation bleibt so eine von vielen Aufgaben und erfährt im Kontext der Mittelvergabe nicht die notwendige Priorisierung. Eine strukturelle Verstärkung partizipationsbezogener Projekte – innerhalb oder außerhalb der Verwaltung – könnte hier Abhilfe schaffen. Langfristig finanzierte Stellen würden den Aufbau fachlicher Expertise ermöglichen, Kooperationen zwischen zivilgesellschaftlichen und politischen Akteuren stärken und dazu beitragen, Partizipationsprozesse wirksamer, inklusiver und weniger anfällig für symbolische Beteiligung zu gestalten.

Chancen

Doch es lohnt sich, den genannten Hürden zum Trotz an partizipativen Prozessen und der Förderung politischer Bildung festzuhalten, denn deren Förderung eröffnet für die Gesellschaft insgesamt, aber auch für alle Bürger*innen persönlich zahlreiche Chancen.

Chancen partizipativer Prozesse

A) Partizipation als Praxislernen im Rahmen politischer Bildung

Partizipation bildet einen zentralen Baustein für den Erwerb demokratischer Kompetenzen. Sie eröffnet Räume, in denen Kommunikationsstrategien erprobt, aktives Zuhören kultiviert und der konstruktive Umgang mit unterschiedlichen Perspektiven eingeübt werden können. Die Fähigkeit, Kompromisse auszu-

handeln, andere Standpunkte auszuhalten und sich in gesellschaftliche Aushandlungsprozesse einzubringen, wird so gestärkt. Menschen erfahren sich dabei als handlungsfähig und als Teil einer größeren demokratischen Gemeinschaft. In der Praxis ermöglicht Partizipation nicht nur die Artikulation eigener Interessen, sondern auch deren Einbindung in einen kollektiven Diskurs. Demokratie wird auf diese Weise nicht nur theoretisch verstanden, sondern konkret erlebt und dadurch nachhaltig gefestigt.

B) Breitere Akzeptanz und tiefere demokratische Legitimität von Transformationsprozessen

Die Einbindung der Bevölkerung in politische und gesellschaftliche Entscheidungsprozesse führt nicht nur zu einer höheren Akzeptanz getroffener Maßnahmen, sondern verleiht diesen zugleich eine tiefere demokratische Legitimität. Besonders im Kontext des Strukturwandels in der Lausitz und der Transformationserfahrungen der regionalen Bevölkerung in der Vergangenheit kommt diesem Aspekt besondere Bedeutung zu.

C) Stärkung des Vertrauens in Politik und Verwaltung

Partizipative Formate wie Bürgerdialoge, Planungswerkstätten, Jugendparlamente, Erzählsalons oder Schulprojekte sollten nicht nur symbolische Angebote sein, sondern konkrete Einflussmöglichkeiten schaffen und somit das Vertrauen in Politik und Verwaltung stärken. Gerade in der Lausitz, wo sich viele Menschen in der Vergangenheit als „abgehängt“ und übergangen erlebt haben, kann echte Beteiligung neue Bindung an demokratische Prozesse stiften.

D) Tragfähigere Lösungsansätze

Gleichzeitig verbessert die Vielfalt der eingebrachten Perspektiven die Qualität der Ergebnisse: Kontextspezifisches Wissen und lebensweltliche Erfahrungen der Beteiligten führen zu tragfähigeren, nachhaltigeren Lösungsansätzen – im Kontrast zu populistischen Vereinfachungen, die selten praktikable Antworten liefern.

E) Stiftung von Identität und Zusammenhalt sowie persönlicher und gesellschaftlicher Resilienz

Zugleich wirkt Partizipation auch identitätsstiftend: Gemeinsames Handeln im öffentlichen Raum fördert soziale Kohäsion, stärkt das Bewusstsein für die eigene Region und schafft ein Gefühl von Zugehörigkeit und Verantwortung. Menschen, die sich aktiv einbringen können, entwickeln ein Bewusstsein dafür, woher sie kommen und wohin sie gemeinsam gehen wollen. Gerade in Transformationsprozessen, die oftmals als von außen bestimmt wahrgenommen werden, ist dieses Erleben von Selbstwirksamkeit ein zentraler Baustein für Resilienz – eine Kompetenz, die nicht nur individuelle Entwicklung stärkt, sondern auch gesamtgesellschaftliche Handlungsfähigkeit fördert. Eine resiliente Gesellschaft bewahrt sich die Fähigkeit, Wandel aktiv mitzugestalten, vereinfachenden oder populistischen Deutungsangeboten kritisch zu begegnen und im Dialog tragfähige Lösungen zu entwickeln. Anstelle von Rückzug, Ohnmacht oder Resignation ermöglicht Resilienz ein selbstbewusstes, kreatives und zukunftsorientiertes Handeln in Transformationsprozessen.

Chancen politischer Bildung

A) Demokratieförderung und Extremismusprävention

Politische Bildung vermittelt Wissen über demokratische Prozesse, Institutionen und Bürgerrechte und befähigt die Menschen, politische Entscheidungen einzuordnen, kritisch zu hinterfragen und sich fundiert einzubringen. In Regionen mit strukturellen Herausforderungen und Transformationsunsicherheiten leistet politische Bildung damit einen wesentlichen Beitrag zur Demokratieförderung. Sie wirkt Verschwörungserzählungen und extremistischen Ideologien präventiv entgegen, schafft Räume für offene Diskussion und fördert Zivilcourage sowie den Schutz demokratischer Werte.

B) Förderung der Sichtbarkeit von Sichtweisen und Bedürfnissen junger Menschen sowie deren Bindung an die Region

Jugendliche profitieren in besonderem Maße von solchen Bildungs- und Beteiligungsangeboten. Sie erhalten die Möglichkeit, demokratische Prozesse unmittelbar zu erleben und ihre Stimme wirksam einzubringen. Diese Erfahrungen erhöhen nicht nur die Wahrscheinlichkeit künftigen Engagements im

Erwachsenenalter, sondern stärken auch das Vertrauen junger Menschen in die demokratische Ordnung und in ihre eigene Gestaltungskraft sowie deren Verbundenheit mit der Region. Damit ist Jugendpartizipation eine Investition in die (demokratische) Zukunft der Region und erhöht die Attraktivität der Lausitz als zukunftsfähiger Lebensraum.

C) Förderung des intergenerationalen und interkulturellen Austauschs und der demokratischen Zivilgesellschaft

Darüber hinaus trägt politische Bildung dazu bei, den Dialog zwischen Generationen und gesellschaftlichen Gruppen zu fördern. Sie eröffnet Gesprächsräume, in denen unterschiedliche Lebensrealitäten aufeinandertreffen und gegenseitiges Verständnis wachsen kann. Eine gelebte demokratische Kultur braucht solche Begegnungen ebenso wie eine starke, handlungsfähige Zivilgesellschaft. Ein weitreichendes Angebot an Formaten der politischen Bildung unterstützt deshalb auch lokale Initiativen, Vereine und Bürgerprojekte, ihre Anliegen sichtbar zu machen, sich zu organisieren und dauerhaft in den politischen Prozess einzubringen. In Zeiten tiefgreifender Umbrüche sind es diese zivilgesellschaftlichen Strukturen, die Demokratie auf lokaler

Ebene lebendig halten und ihre Widerstandskraft gegenüber autoritären Tendenzen stärken.

Resümierend lässt sich festhalten, dass Partizipation und politische Bildung im Kontext des Strukturwandels in der Lausitz nicht als bloße Zusatzoptionen zu verstehen sind, sondern vielmehr eine strategisch zentrale Voraussetzung für einen gelingenden, nachhaltigen und von der Bevölkerung mitgetragenen Transformationsprozess darstellen. Sie leisten einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, zur Förderung von Dialogbereitschaft und Toleranz sowie zur Aktivierung bürgerschaftlicher Gestaltungskraft. Sie eröffnen die Möglichkeit, demokratiegefährdenden Tendenzen wie dem erstarkenden Rechtspopulismus wirksam zu begegnen und ein respektvolles, inklusives Miteinander zu etablieren. Ein solches gesellschaftliches Klima kann als bedeutender Anziehungs- und Bleibefaktor für nationale wie internationale Fachkräfte und ihre Familien wirken. Darüber hinaus können über die Einbeziehung der Bevölkerung deren Vertrauen in den Strukturwandel und die Akzeptanz der Ziele der Energiewende gefördert werden, was technologischen Fortschritt und die Ansiedlung innovativer Unternehmen begünstigen kann.

» 4. FAZIT UND AUSBLICK

Der Strukturwandel in der Lausitz ist weit mehr als ein wirtschaftliches Transformationsvorhaben. Er stellt einen tiefgreifenden gesellschaftlichen Prozess dar, der die Region ökologisch, ökonomisch, kulturell und sozial neu ausrichtet. Die Analyse macht deutlich, dass ein solcher Wandel nur dann nachhaltig gelingen kann, wenn er unter aktivem Einbezug aller Bevölkerungsgruppen gestaltet wird. Partizipation und politische Bildung sind hierfür keine bloßen flankierenden Maßnahmen, sondern zentrale Voraussetzungen, um Vertrauen in politische Prozesse zu stärken, gesellschaftliche Kohäsion zu fördern und die Menschen zu befähigen, aktiv an der Gestaltung ihrer Lebenswelt mitzuwirken.

Die Erfahrungen vergangener Transformationsphasen, insbesondere nach der deutsch-deutschen Vereinigung, wirken in der kollektiven Erinnerung der Region bis heute nach. Viele Menschen empfinden sich als zurückgelassen, übergangen oder nicht gehört. In einer solchen Ausgangslage muss Transformation bewusst dialogisch und inklusiv organisiert werden, um eine solche Grundhaltung nachhaltig ins Positive zu wenden. Die Beteiligung der Bevölkerung, insbesondere auch junger Menschen und marginalisierter Gruppen, ist nicht nur eine Frage demokratischer Legitimation, sondern entscheidend für die soziale Tragfähigkeit und Akzeptanz der eingeleiteten Maßnahmen. Politische Bildung nimmt hierbei eine Schlüsselfunktion ein: Sie schafft Räume für Orientierung, reflektierte Meinungsbildung und Selbstwirksamkeit – in einer Zeit, in der populistische Narrative, Rechtsextremismus und Desinformation an Einfluss gewinnen, stel-

len diese äußerst hilfreiche Qualitäten dar (u. a. Haas & Staemmler 2021; Goll & Schiller 2025).

Gleichzeitig wurde deutlich, dass partizipative Prozesse auch zukünftig strukturell gestärkt werden müssen. Es bedarf verlässlicher institutioneller Rahmenbedingungen, langfristiger Förderstrukturen, qualifizierter Akteure sowie gut erreichbarer Lern- und Beteiligungsräume. Nur so kann verhindert werden, dass Beteiligung als Symbolpolitik wahrgenommen wird oder einzelne gesellschaftliche Gruppen systematisch ausgeschlossen werden. Die dargestellten Good-Practice-Beispiele verdeutlichen, wie gelebte Demokratie im Alltag gefestigt und neue Zugänge zu politischer Bildung eröffnet werden können: *RABRYKA* stärkt z. B. durch partizipative Projekte die Selbstwirksamkeit junger Menschen, gibt ihnen Möglichkeiten, eigene Ideen umzusetzen und Verantwortung zu übernehmen, während die *Radikalen Töchter* mit künstlerisch-aktivistischen Bildungsansätzen zur Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Konflikten anregen und eine Widerspruchskultur und Konfliktfähigkeit als zentrale Elemente gelebter Demokratie etablieren. Die *Bürgerregion Lausitz* schafft konkrete Beteiligungsräume im Kontext des Strukturwandels, schlägt Brücken zwischen Bürger*innen, Verwaltung und Politik und trifft die Menschen nicht nur an den dezentralen Knotenpunkten in der Region, sondern auch dort, wo sie ohnehin sind, z. B. auf Festivals und anderen öffentlichen Veranstaltungen. Alle drei Beispiele eröffnen niedrigschwellige Zugänge, fördern demokratische Kompetenzen und leisten so einen nachhaltigen Beitrag zur Verankerung

demokratischer Alltagskultur in der Region.

Das Netzwerkbüro Bildung in der Lausitz wird sich dieser Argumentationskette folgend künftig vertiefend mit dem Bereich der politischen Bildung befassen und diese als Querschnittsthema in die Strukturwandeldebatte einbringen. Das vorliegende Fokuspapier markiert hierfür den Auftakt. Angesichts der thematischen Breite und Vielschichtigkeit politischer Bildung sind in den kommenden Jahren weiterführende, themenspezifische Veröffentlichungen geplant. Diese sollen sich gezielt mit einzelnen Aspekten auseinandersetzen: politische Bildung im beruflichen Kontext, Kinder- und Jugendbeteiligung, Frauen im Strukturwandel oder der Rolle „Sozialer Orte“.

Darüber hinaus ist es erklärtes Ziel des Netzwerkbüros, in den Austausch mit Menschen zu treten, die im Feld politischer Bildung und Partizipation im Kontext des Strukturwandels tätig sind. Wir möchten deren Erfahrungen sichtbar machen, Akteure miteinander vernetzen und damit zur Stärkung einer vielfältigen, demokratischen und lebenswerten Region mit Zukunft beitragen. Um diesen Prozess nachhaltig mitzugestalten, beabsichtigen wir, uns aktiv in einschlägigen Fachnetzwerken, Arbeitsgemeinschaften und zivilgesellschaftlichen Foren zu engagieren.

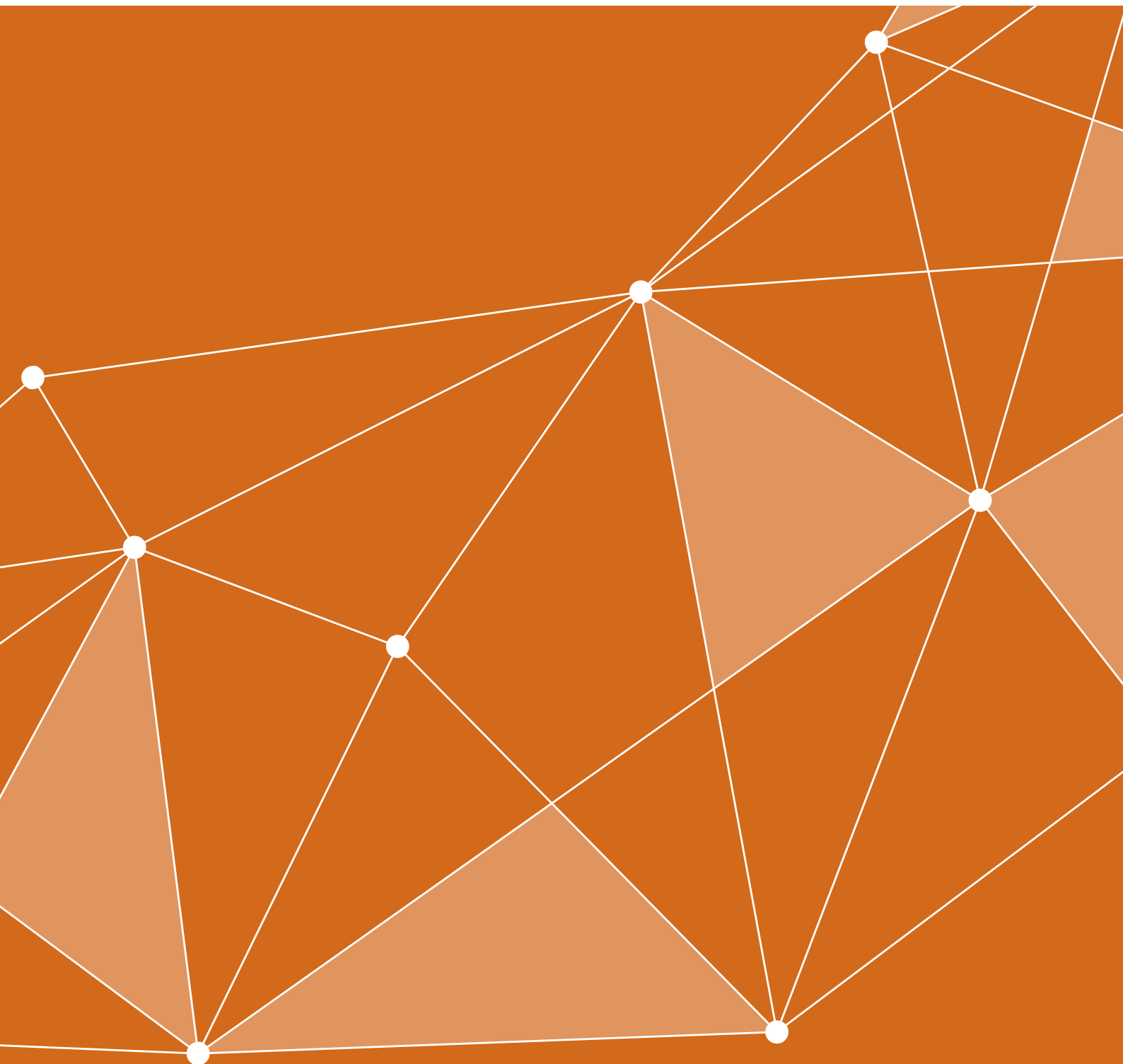
Ausblickend empfiehlt sich eine konsequente Verankerung politischer Bildung und partizipativer Praxis auf allen Ebenen der Strukturentwicklung. Bildungsformate sollten systematisch mit der Stärkung zivilgesellschaftlicher Netzwerke verzahnt werden. Darüber

hinaus bedarf es verstärkter Anstrengungen, die Vielfalt der Lausitzer Bevölkerung anzuerkennen, in den Prozess einzubeziehen und den Wandel im Sinne einer gemein-

samen, zukunftsfähigen Vision zu gestalten.

Partizipativer Strukturwandel gelingt nur, wenn er von den Men-

schen vor Ort als ihre Angelegenheit verstanden wird. Bildung, Beteiligung und die Erfahrung echter Mitgestaltung bilden hierfür das Fundament.



» 5. QUELLENVERZEICHNIS

Arndt, M./ Buschbom, K./ Neu, C./ Nikolic, L./ Reingen, H./ Simmank, M./ Vogel, B./ Wicklow, D. (2020): Soziale Orte. Ein Konzept zur Stärkung lokalen Zusammenhalts. WISO Diskurs 5/2020. Friedrich-Ebert-Stiftung.

Bangel, C. (2022): #baseballschlägerjahre. Ein Hashtag und seine Geschichten. Unter: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/rechte-gewalt-in-den-1990er-jahren-2022/515769/baseballschaegerjahre/> (zuletzt abgerufen am 05.08.2025).

Bischoff, J. (2025): Generationswechsel in der Lausitz. Zur Passung von beruflicher Ausbildung und Fachkräfteentwicklung. Unter: https://bildung-lausitz.de/wp-content/uploads/2025/06/Mikroartikel_Fachkraeftesicherung.pdf (zuletzt abgerufen am 01.09.2025).

Borhan, H. (2025): Civic education as a pathway to inclusive societies: Exploring the role of education in fostering civic and social engagement. OECD Education Working Papers No. 326. Unter: https://www.oecd.org/content/dam/oecd/en/publications/reports/2025/02/civic-education-as-a-pathway-to-inclusive-societies_6d52238a/3f128be8-en.pdf (zuletzt abgerufen am 17.06.2025).

BMFSFJ- Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2023): Gesetz zur Stärkung von Maßnahmen zur Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung, Extremismusprävention und politischen Bildung (Demokratiefördergesetz). Unter: <https://www.bmbfsfj.bund.de/bmbfsfj/ministerium/gesetze/gesetz-zur-staerkung-von-massnahmen-zur->

demokratieforderung-vielfaltgestaltung-extremismuspraevention-und-politischen-bildung-demokratiefordergesetz--207726 (zuletzt abgerufen am 25.07.2025).

BMI- Bundesministerium des Innern (2025): Politische Bildung. Unter: <https://www.bmi.bund.de/DE/themen/heimat-integration/wehrhafte-demokratie/politische-bildung/politische-bildung-node.html> (zuletzt abgerufen am 16.06.2025).

Ehrich, A. (2025): Vielfalt als Motor für den Strukturwandel. Gründer*innen mit Migrationshintergrund durch Bildungsangebote, Beratung und Netzwerke für die Lausitz gewinnen. Unter: https://bildung-lausitz.de/wp-content/uploads/2025/05/Mikroartikel_Vielfalt-als-Motor-_WEB_geaendert-05_2025.pdf (zuletzt abgerufen am 01.09.2025).

Goll, J./ Schiller, S. (2025): Neue Generation von Neonazis macht sich in der Lausitz breit. Unter: <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2025/07/rechtsextremismus-jugendliche-lausitz-boom-brandenburg.html>.

Greuel, F. (2025): Junge Menschen und Rechtspopulismus. Eine Annäherung an mögliche Ursachen. Unter: <https://www.bpb.de/themen/parteien/rechtspopulismus/560581/junge-menschen-und-rechtspopulismus/#node-content-title-1> (zuletzt abgerufen am 25.07.2025).

Gürtler, K./ Luh, V./ Staemmler, J. (2020): Strukturwandel als Gelegenheit für die Lausitz. Warum dem Anfang noch der Zauber fehlt. Aus Politik

und Zeitgeschichte (APuZ) 70 (6-7), S. 32-39.

Haas, T./ Staemmler, J. (2021). Sackgasse Rechtspopulismus. Vielfalt und Zuwanderungskultur in der Lausitz anerkennen. IASS Discussion Paper. Unter: https://publications.rifs-potsdam.de/rest/items/item_6001307_4/component/file_6001308/content (zuletzt abgerufen am 31.07.2025).

Heer, S. (2021): Integration bürger-schaftlicher Beteiligung in den Werkstatt-Prozess der Wirtschafts-region Lausitz. In: IZS- Interdisziplinäres Zentrum für ökologischen und revitalisierenden Stadtumbau (Hrsg.) (2021): IZS Policy Briefs – Kompaktanalysen & Politikempfehlungen Nr. 4. Unter: https://transformation-lausitz.ioer.eu/fileadmin/user_upload/transformation-lausitz/files/izs-policy-briefs/Policy_Brief_4_Partizipationsoptionen_im_WRL-Werkstatt-Ansatz.pdf (zuletzt abgerufen am 25.07.2025).

Heinrich, G. (2023): Politische Bildung und ihr Beitrag zur Rechtsextremismusprävention. Unter: https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/info-pool-rechtsextremismus/542209/politische-bildung-und-ihr-beitrag-zur-rechtsextremismuspraevention/?utm_source=chatgpt.com (zuletzt abgerufen am 25.07.2025).

Hoenig, M./ Becker, H./ Khalifa, A. (2025): Konzepte: Politische Bildung und Demokratiebildung – Ein Überblick. Unter: https://transfer-politische-bildung.de/fileadmin/user_upload/Vielfalt_gestalten/TfB-Papier-Konzepte-PolBil-Demokratiebildung-2025.pdf (zuletzt abgerufen am 01.09.2025).

Kersten, J./ Neu, C./ Vogel, B. (2022): Das Soziale-Orte-Konzept. Zusammenhalt in einer vulnerablen Gesellschaft. Bielefeld: transcript Verlag.

MAS- Gesellschaft für Marktanalyse und Strategie mbH (2025): Lausitz Monitor 2025. Unter: <https://sas-sachsen.de/files/media/newsroom/aktuelles/lausitz-monitor-2025.pdf> (zuletzt abgerufen am 30.07.2025).

MBJS- Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg (2025): Demokratiebildung in der Schule. Unter: <https://mbjs.brandenburg.de/bildung/demokratie-leben/demokratiebildung-in-der-schule.html> (zuletzt abgerufen am 25.07.2025).

Memarnia, S. (2025): Rechter Angriff auf Jugendclub. Aufruf zum Zusammenstehen. Unter: <https://taz.de/Rechter-Angriff-auf-Jugendclub/!6070293/> (zuletzt abgerufen am 06.08.2025).

Moser, S. (2010): Beteiligt sein. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Opferperspektive e.V. (2025): Statistik rechter Gewalttaten in Brandenburg: Übersicht 2002-2024. Unter: <https://www.opferperspektive.de/rechte-angriffe/statistik-brandenburg/statistik-rechter-gewalt> (zuletzt abgerufen am 09.07.2025).

RAA Sachsen e. V. (2025): Offener Brief an den Kreistag Bautzen zur PfD. Unter: <https://www.raa-sachsen.de/verein/neuigkeiten/offener-brief-an-den-kreistag-bautzen-zur-pfd-9192> (zuletzt abgerufen am 06.08.2025).

SAS- Sächsische Agentur für Strukturentwicklung (o. D. a):

Verfahren. Unter: <https://sas-sachsen.de/de/foerderung/verfahren> (zuletzt abgerufen am 06.08.2025)

SAS- Sächsische Agentur für Strukturentwicklung (o. D. b): Lausitzer Revier. Unter: <https://sas-sachsen.de/de/reviere/lausitzer-revier> (zuletzt abgerufen am 25.07.2025).

Schmidt, M./ Süßmilch, D./ Baumert, M. (2025): Stimmungsbild der Jugend zum Strukturwandel in der Lausitz. Unter: https://revierwende.de/wp-content/uploads/2025/05/2025-05-21_Handreichung-Jugendumfrage-2025-final-a4-einseitg.pdf (zuletzt abgerufen am 06.08.2025).

Schubert, K./ Klein, M. (2020): Das Politiklexikon. 7. aktual. u. erw. Aufl. Bonn: Dietz. Lizenzausgabe Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, zitiert in: Bundeszentrale für politische Bildung (2025): Partizipation. Unter: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/politiklexikon/17998/partizipation/> (zuletzt abgerufen am 17.06.2025).

Schwan, G./ Treichel, S./ Kilchling, J. (2021): Kommunale Bürgerbeteiligung in der Lausitz. Geeignete Formate zur nachhaltigen Unterstützung des Transformationsprozesses. Unter: https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Pools/Forschungsdatenbank/fkz_um2116_00_20_buergerbeteiligung_lausitz_bf.pdf (zuletzt abgerufen am 25.07.2025).

Staatskanzlei des Landes Brandenburg (2024): Das Lausitzprogramm 2038. Prozesspapier der Entscheidungs- und Begleitstrukturen im Transformationsprozess. Unter: <https://lausitz-brandenburg.de/wp-content/uploads/2024/06/Anla>

ge-1-Das-Lausitzprogramm-2038_Stand-Maerz-2024.pdf (zuletzt abgerufen am 24.06.2025).

Sächsisches Staatsministerium für Regionalentwicklung (o. D.): Handlungsprogramm zur Umsetzung des Strukturstärkungsgesetzes Kohleregionen des Bundes in den sächsischen Braunkohlerevieren. Unter: https://transformationsregion-mitteldeutschland.com/wp-content/uploads/2020/12/Handlungsprogramm_Sachsen.pdf (zuletzt abgerufen am 25.06.2025).

Welniak, C./ Grammes, T. (o. D.): Politische Bildung. Unter: <https://degede.de/abc/politischebildung/> (zuletzt abgerufen am 16.06.2025).

Wehling, H.-G. (1977) in: Schiele, S./ Schneider, H. (Hrsg.): Das Konsensproblem in der politischen Bildung. Stuttgart 1977, S. 179/180, zitiert in: Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung (o. D.): Beutelsbacher Konsens. Unter: <https://www.politische-bildung-brandenburg.de/lexikon/beutelsbacher-konsens> (zuletzt abgerufen am 16.06.2025).

Wohlfeld, S./ Hüsson, F./ Gané, J. (2023): Mehr Erreichen: Impulse für eine breitere Bürgerbeteiligung vor Ort. Unter: https://www.bosch-stiftung.de/sites/default/files/publications/pdf/2023-01/moreincommon_mehrerreichen.pdf (zuletzt abgerufen am 06.08.2025).

WRL- Wirtschaftsregion Lausitz (2025): Regional- und Kommunalförderung. Unter: <https://wirtschaftsregion-lausitz.de/strukturentwicklung-lausitz/regional-und-kommunalfoerderung-im-strukturwandel/> (zuletzt abgerufen am 25.07.2025).

» IMPRESSUM

Herausgeber:

Netzwerkbüro Bildung in der Lausitz / kobra.net GmbH
Inselstraße 24 · 03046 Cottbus

Autorinnen:

Annabell Ehrich in Zusammenarbeit mit **Caroline Hübner**

Mail: ehrich@bildung-lausitz.de · huebner@bildung-lausitz.de

Bildnachweis:

Bild 1, Seite 13: Rabryka

Bild 2, Seite 13: Jenna Dallwitz

Bild 3, Seite 13: Valentina Troendle

Layout:

Tobias Koark-Haberl

(Layoutdesign original von Henzgen & Schommer media GmbH, Andernach)

Dieses Vorhaben wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

Cottbus, November 2025



NETZWERKBÜRO
BILDUNG IN DER LAUSITZ



Bildung verbindet.

Wir
sind
der
Wandel.